



Direktion für Bildung, Soziales und Sport
Predigergasse 5
Postfach 275
3000 Bern 7

Bern, 6. Oktober 2011

Vernehmlassung zum Alterskonzept 2020 der Stadt Bern

Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP der Stadt Bern dankt für die Möglichkeit, zum neuen Alterskonzept Stellung zu nehmen.

Wir sind mit den **Grundzügen** der künftigen Alterspolitik einverstanden und finden es wichtig und richtig, dass sich die Alterspolitik der Stadt Bern für die Zukunft mit den gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen befasst. Die Neuordnung der Pflegefinanzierung seit Januar 2011 zwingt die Stadt, sich mit ihrer neuen Rolle in der Alterspolitik auseinanderzusetzen. Wir bedauern, dass die Gemeinde in wichtigen Bereichen weniger Einfluss nehmen kann und von den Vorgaben der kantonalen Alterspolitik abhängig ist (zum Beispiel Bereitstellung von Pflegeplätzen, Einfluss auf Spitex).

Wir stehen hinter der **Vision** des Konzepts, wonach die älteren Menschen ihr Leben nach individuellen Möglichkeiten und Bedürfnissen selbständig gestalten können und ein Recht auf eine hohe Lebensqualität haben. Wir begrüßen auch den Ansatz, dass die Stadt noch enger mit den Anspruchsgruppen zusammenarbeiten will, welche die älteren Menschen vertreten.

Auch wir sind der Meinung, die Stadt Bern müsse sich dafür einsetzen, dass alle Menschen nach der Pensionierung integriert bleiben, dass sie an der Gesellschaft partizipieren, ihre Ressourcen und Kompetenzen nutzen und weiterentwickeln können, dass ihr finanzieller Existenzbedarf gesichert ist, dass für sie ein angemessenes Wohnangebot gewährleistet ist, dass sie sich in Bern sicher bewegen können und dass die Solidarität zwischen Jung und Alt funktioniert. Wichtig und richtig ist auch, dass Menschen mit Migrationshintergrund ihren Bedürfnissen entsprechend eine angemessene Lebensqualität haben und sozial integriert sind.

**Sozialdemokratische Partei
Stadt Bern**

Monbijoustrasse 61
Postfach 1076 · 3000 Bern 23

Telefon 031 370 07 90
Telefax 031 370 07 81

bern@spbe.ch
www.spbern.ch



1. Allgemeines

Wir begrüßen die **fünf Querschnittsthemen** und finden besonders wichtig, dass Partizipation, Gender und Migration als Themen aufgenommen wurden. Bezüglich der Partizipation bleibt das Konzept aber speziell vage. Freiwilligenarbeit wird etwas stark betont und leider nicht hinterfragt, denn es ist nicht klar, ob es in Zukunft in dem Masse Freiwilligenarbeit geben wird wie heute. Der Löwenanteil der Freiwilligenarbeit wird heute von Frauen geleistet. Da immer mehr Frauen berufstätig sind, wird die Kapazität für unbezahlte Freiwilligenarbeit in Zukunft vielleicht sinken. Diese neuen Themen bedeuten aber zum Teil eine deutliche Ausweitung im Vergleich zum Konzept 2000. Schwieriger wird es sein, dazu realisierbare konkrete Massnahmen zu generieren.

Ein weiteres Problem bleibt das Herankommen an die Betroffenen. Die Heterogenität der gemeinten Gruppe wird immer wieder betont. Es fragt sich, ob für alle Gruppen dasselbe Vorgehen gewählt werden kann. Das gilt insbesondere für die älteren Migranten und Migrantinnen.

Dass bei den Handlungsfeldern der Bereich «Wohnen» nach wie vor ein grosses Gewicht hat, ist sicher richtig. Ist dies doch ein Bereich, in dem die Stadt auch heute noch handlungsfähig ist.

In Bezug auf die **Generationenbeziehungen** begrüßen wir, dass das Hauptgewicht auf den ausserfamiliären Beziehungen liegt. Gerade zwischen den heutigen Jugendlichen und den Älteren, die ohne die neuen Technologien aufgewachsen sind, bildet sich immer wieder ein Graben, der eine engere Zusammenarbeit beeinträchtigen kann. Viele Erfahrungen, die die Älteren gemacht haben, nützen den heutigen Jugendlichen nichts mehr. Das gilt vor allem für den Bereich der Kommunikation. Wir regen zudem an, dass der Begriff Generationen nicht nur die Aspekte «jung» und «alt» beinhaltet, sondern alle Generationen und Altersstufen.

Der **Aufbau** des Konzepts erscheint sinnvoll, obwohl die vielen Wiederholungen des gleichen Gedankens oder der gleichen Tatsache Leute, die das ganze Konzept lesen, irritieren können. Besonders fällt dies auf beim mehrmaligen, immer wieder positiven Erwähnen der Babyboomergeneration, da damit die heute noch lebende Generation vor den Babyboomern diskriminiert wird.

2. Themen und Massnahmen

Ein Konzept steht und fällt mit der Umsetzung. In Bezug auf die Massnahmen fragen wir uns, ob der Handlungsspielraum der Stadt nicht besser ausgelotet werden kann. Unserer Meinung nach sollten die acht Empfehlungen zur Altersfreundlichkeit der Stadt Bern (S. 35) stärker in die Massnahmen einfließen.

Konkret bitten wir, im Massnahmenkatalog folgende Ergänzungen aufzunehmen:

2.1 Integration und Partizipation

Obwohl dies ein wichtiger Aspekt für die Lebensqualität der älteren Menschen ist, fehlen hier strategische Ziele und entsprechende Massnahmen.

Den Empfehlungen zur Altersfreundlichkeit der Stadt entsprechend bitten wir, die Empfehlung 6 als strategisches Ziel aufzunehmen: «Die Stadt fördert die Partizipation der älteren Bevölkerung und macht deren Ressourcen und Leistungen in der Öffentlichkeit bekannt» sowie die Massnahme: «Die Stadt fördert kulturelle Integration zum Beispiel durch ein kostengünstiges, auch abends verfügbares Fahrdienstangebot.»



2.2 Besonders verletzbare Menschen

Die Sicherung der Pflegeheimplätze ist seit Anfang 2011 nicht mehr Aufgabe der Stadt, sondern des Kantons. Deshalb droht der Stadt der Einfluss auf die Pflege- und Betreuungsqualität verloren zu gehen. Dies wäre besonders für die Gruppe der vulnerablen Menschen fatal. Unserer Meinung nach muss die Stadt mit all ihren zur Verfügung stehenden Mitteln dafür sorgen, dass keine Engpässe bei der professionellen Betreuung und Pflege entstehen und dass die Aus- und Weiterbildung des Personals für die anspruchsvolle Aufgabe der Pflege und Betreuung von vulnerablen Menschen auch in Zukunft sichergestellt ist. Die intensive Zusammenarbeit der Stadt mit dem Amt für Alter und Behinderungen des Kantons Bern sowie mit den Anbietern Domicil oder Spitex ist trotz der neuen Pflegefinanzierung aufrechtzuerhalten.

2.3 Versorgungssicherheit

Es braucht eine weitere Massnahme, um allfällige Angebotslücken zwischen «Heim» und «Daheim» zu überprüfen und zu schliessen. Wir bezweifeln, dass die Fachkommission für Altersfragen allein diese Schnittstellen klären kann (2.4).

2.4 Wohnen

Wir begrüssen grundsätzlich die strategischen Ziele im Bereich Wohnen und die daraus abgeleiteten Massnahmen. Diese scheinen uns aber etwas wenig konkret formuliert. Unseres Erachtens muss die Stadt sich noch mehr dafür einsetzen, dass die alten Menschen möglichst lange und mit hoher Lebensqualität selbständig wohnen können. Deshalb fordern wir:

Der Information der Bevölkerung zum Wohnangebot für ältere Menschen muss mehr Beachtung geschenkt werden (5.1).

Bei Punkt 5.2 schlagen wir eine Ergänzung vor, nämlich: «Erhöhung des Angebots an *bezahlbarem* hindernisfreiem Wohnraum».

Die Aufnahme einer zusätzlichen Massnahme: Abklären, Fördern und allenfalls Initiieren von Modellen und Projekten, die das selbständige Wohnen der älteren Menschen in der Stadt fördern, zum Beispiel innovative Wohnmodelle und Nachbarschaftshilfen wie «Wohnen für Hilfe» (ein Projekt der Pro Senectute in Zürich).

2.5 Information, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

Punkt 3.5: Statt die Rentnerinnen und Rentner im Jahr des Eintritts ins Rentenalter lediglich zu informieren, könnte die Stadt die neuen Rentnerinnen und Rentner zu einer Art Feier analog der Jungbürgerfeier einladen. Dort würden die «jungen» Rentnerinnen und Rentner zur nachberuflichen Lebensphase begrüsst und ihnen Gelegenheit für Informationen und Diskussionen geboten.

Mit freundlichen Grüessen

Thomas Göttin
Co-Präsident

Leyla Gül
Parteisekretärin